

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
inlandischen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettizille oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 34

Februar 1921

Wildbad, Freitag, den 11. Februar 1921

Februar 1921

55. Jahrgang

## Die Papierschiebungen.

Ueber die Zustände auf dem Gebiet der Papierwirtschaft macht Dr. Garbe im „B. T.“ beachtenswerte Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen: Anstatt die Produktion zu fördern, war man — wie er schreibt — nur bemüht, zu verteilten und den einzelnen Betrieben ein möglichst geringes Kontingent zuzuwiesen. Daraus ergab sich, daß eine fürchterliche Papiernot bei den Zeitungen eintrat mit ständigen Erhöhungen aller Preise. Dagegen wurde einer Anzahl von Druckpapierfirmen ein monopolartiges Ausführrecht gewährt.

Der Preis und die Mengen des Ausfuhrpapiers war amtlich festgesetzt. Die mit dem Ausführmonopol begnadeten Stellen, die bis dahin mit Auslandsaufträgen zu Presen, die zum Teil noch über den vorgeschriebenen Ausführpreisen lagen, reich geeignet waren, belamen mit einem Mal keine Auslandsaufträge mehr und wo sie im Ausland zu den vorgeschriebenen Preisen Angebote machten, wurden ihnen Angebote aus Deutschland entgegengehalten, in denen den Ausländern deutsches Papier weit unter dem erlaubten Preis angeboten wurde, zum Teil um mehrere Mark das Kilo unter dem auf 9 Mk. amtlich festgesetzten Kilopreis. Die Schieber konnten billiges deutsches Papier prompt liefern.

Die Erklärung ist einfach. Die Ausfuhrerlaubnis wird eben nicht nur von einer Stelle erteilt, sondern es gibt drei Stellen, die, ohne voneinander zu wissen, Ausfuhrerlaubnisse erteilen, eine Außenhandelsstelle, eine Außenhandelsniederstelle für die Papier verarbeitende Industrie und eine Außenhandelsstelle für den Ausfuhrhandel. In einer dieser Stellen gibt es drei Leute, die zu entscheiden haben, und die, ohne daß einer vom andern weiß, Ausfuhrerlaubnisse erteilen. Die Außenhandelsniederstelle für die Papier verarbeitende Industrie wurde nun freilich von den Schiebern nicht um die Erlaubnis zur Ausfuhr von Zeitungspapier angegangen, sondern man hat sie um die Genehmigung, mehrere hundert Wagen Klopappier, den Wagen zu 10000 Kilogramm, nach Holland auszuführen zu dürfen. Ja, es wurden schließlich so viel Ausfuhrerlaubnisse für Klopappier erteilt, daß, wenn an der zuständigen Stelle ein Fachmann gefesselt hätte, es ihm doch wohl aufgefallen wäre, daß plötzlich so viel dieser Ware ausgeführt werde, daß die Bewohner der gesamten Erde davon hätten bedürfen können. Aber auch mit dem Sachverständigen hatte es, wenigstens auf diesem Gebiet, auf dem er sein Sachverständigenbeweisen sollte, nämlich auf dem des Papiers, trotzdem er mehrere Jahre — Maschinenfabriker in einer Klopappierfabrik gewesen war. Es fiel auch niemandem auf, daß an Stelle der zur Ausfuhr zugelassenen schmalen Rollen, im Gewicht von etwa 300 Gramm das Stück, ungeheure Papierrollen in der Breite von etwa 1,30 Meter und im Gewicht von etwa acht Zentnern das Stück in Hunderten von Waggons verladen über die Grenze rollten. Niemand prüfte, niemand sah etwas. Erst als der Verband deutscher Druckpapierfabriken hohe Subventionen aussetzte, um den Schleichhändlern auf die Spur zu kommen, wurden einige Blinde sehend, und es gelang, das Geheimnis zu lüften.

Der Verfasser berechnet sodann, daß auf diese Weise dem Deutschen Reich die Ausfuhrmöglichkeit von Papier im Betrag von über 1/2 Milliarde Mark und die entsprechenden Devisen entgangen sind. Als einzig wirksames Gegenmittel gegen diese Mißwirtschaft ordert Dr. Garbe die sofortige Wiedereinführung der strengen Papierwirtschaft sowie die Durchführung der strengen Grenzkontrolle.

## Neues vom Tage.

### Die teuren Verbandskommissionen.

Berlin, 10. Febr. Nach dem „Berl. Tagebl.“ leben etwa 2500 Mitglieder der Verbandskommissionen gegenwärtig in Deutschland auf Reichskosten, davon in Berlin 575 Offiziere, 110 Beamte und 133 Mannschaften. Die Unterhaltungskosten verteilen sich auf Quartiergelder, Verpflegungsgelder und Gehälter. Die monatlichen Verpflegungsgelder allein betragen nach der Meinung des Generals Kollert für den Präsidenten der Beobachtungskommission 28500 Mark, für Generale 21000 Mk., für Obersten und Oberleutnants 15000 Mk., Majore 13500 Mk., Subalternoffiziere 12750 Mk.,

Unteroffiziere 5775 Mk. und Mannschaften 3500 Mk. Zu diesen Verpflegungsgeldern kommen die Kosten für die Quartiere, die bei einzelnen Generälen monatlich rund 12000 Mk. betragen. Danach bezieht also ein feindlicher Hauptmann allein an Verpflegungsgeldern mit freier Wohnung mehr als der deutsche Reichskanzler. Die Gehälter sind dabei noch nicht inbegriffen.

### Die Einheitsfront.

Berlin, 10. Febr. In dem Antwortschreiben der Deutschen Nationalen Fraktion an die Deutsche Volkspartei wegen der Verbreiterung der Regierungsgrundlage im Reichstag erklärt sich die Deutsche Nationalen Fraktion bereit, auch mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammen am Regierungsbündel sich zu beteiligen, wenn der Verlauf der Londoner Verhandlungen es erforderlich erscheinen lassen sollte.

### Abgelieferte Waffen.

Berlin, 10. Febr. Nach amtlicher Mitteilung wurden im Januar 18 Gewehre, 158 Maschinengewehre, 9413 Gewehre, 258 Revolver und Pistolen und 2389 Handgranaten abgeliefert, angekauft oder beschlagnahmt. Von den Selbstschußwaffen sind bisher 371 233 Gewehre eingezogen.

### Gegen die Zwangswirtschaft.

München, 10. Febr. Der Ausschuß der Landesbauernkammer hat eine Entschließung gegen die Getreidezwangswirtschaft gefaßt. Sie fordert die Einführung der freien Wirtschaft für das kommende Erntejahr unter der Voraussetzung, daß bis zum 1. Oktober 1921 vom Reich eine ausreichende Menge Brotgetreide aus dem Ausland bereit gestellt werde. Die Ausfuhr von Inlandsgetreide soll unter allen Umständen unter schärfster Strafe gestellt werden. Für den Fall, daß eine Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft nicht möglich ist, soll an deren Stelle das sogenannte Umlagerverfahren als Uebergang zur freien Wirtschaft treten.

### Polen gegen die Schutzverbände in Ostpreußen.

Berlin, 10. Febr. Aus Warschau wird der „Tägl. Rundschau“ berichtet: Der polnische Senat in Paris hat im Namen der polnischen Regierung dem Obersten Rat eine Note über die Entwaffnung der deutschen Freiwilligenverbände in Ostpreußen überreicht. In dieser Note wird gefordert die Festlegung der Höchstzahl der Reichswehr in Ostpreußen, die Entwaffnung von fünf Freiwilligenarten und die Sicherung der preussischen Grenzen nach Litauen. Die polnische Note wird vom Obersten Rat bei Besprechung der gesamten Abrüstungsfrage in Erwägung gezogen werden.

### Die Rinderstaltung von Vieh an Südrussien.

Belgrad, 10. Febr. Die Zeitung „Pravda“ schreibt: Die vom Deutschen Reich zu leistende Rinderstaltung von Vieh soll jetzt von der südrussischen Regierung übernommen werden. Die Kosten der Beförderung des zu übernehmenden Viehs betragen allein 40 Millionen Dinar. Auf diese Weise würde sich der Preis für einen Ochsen auf 4000 Dinar, für ein Schaf auf 500 Dinar stellen. Die Beförderungskosten verteuern das Vieh also derart, daß man es für einen geringeren Preis auf dem Balkan kaufen kann. Für den Transport wären außerdem 8000 Eisenbahnwagen und 2000 Menschen erforderlich. Man will daher statt des Viehs in Deutschland andere notwendige Materialien kaufen.

### Der Kohlenüberschuß in Frankreich.

Paris, 10. Febr. Infolge der Hamsterung der deutschen Kohlen stößt der Absatz der französischen Gruben. Die Ausnahme ganzer Kohlenzüge wird verweigert, weil die Ausnahmefähigkeit der Bezüge überschritten ist. Falls dieser Zustand nur noch 10 Tage andauert, so ist nach dem Urteil der Bergwerksdirektoren eine Arbeitslosigkeit unvermeidlich.

### Noch eine Ablehnung.

London, 10. Febr. Der englische Gewerkschaftsverband hat den Aufruf der deutschen Gewerkschaftsverbände „An die Arbeiter der Welt“ einfach „zur Kenntnis genommen.“

### Sonderbares „Mißverständnis“.

London, 10. Febr. (Reuter.) Mehrere Reuterblätter melden, eine hohe englische Persönlichkeit im Londoner Auswärtigen Amt habe einem amerikanischen Zeitungsberichterstatter erklärt, die Vereinigten Staaten befinden sich auf einem Weg, der zum Krieg mit

droht, daß die Mitglieder des Verbandes in den Ausstand treten werden, wenn die Unterjuchung nicht stattfindet. Die Lage wird als ernst angesehen.

### Der amerikanische Flottenstand.

Washington, 10. Febr. Der Flottenausschuß des Senats fordert, daß die amerikanische Flotte derjenigen irgend einer anderen Macht mindestens gleichkomme.

### Wahlen in Südafrika.

Kapstadt, 10. Febr. Die südafrikanische Partei hat bis jetzt 65, die Arbeiterpartei 9, die Nationalisten 34 und die Unabhängigen 1 Sitz erhalten. 23 Ergebnisse stehen noch aus. Smuts ist wieder gewählt worden und verfügt bereits über eine Mehrheit von 10 Stimmen.

### Vertrauensstudie der französischen Kammer für Briand.

Paris, 10. Febr. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer wurde die Aussprache über die Pariser Konferenz fortgesetzt. De Laforeyrie sagte, nachdem man geschrien habe, Deutschland werde alles bezahlen, habe man einsehen müssen, daß es nicht genüge, diese Behauptung aufzustellen. In politischer Beziehung bedeute das Pariser Abkommen einen Erfolg, weil die Verbündetenfront gegenüber Deutschland wieder hergestellt wurde, das den Versuch gemacht habe, die Verbündeten zu veruneinigen. In finanzieller Beziehung seien die Ergebnisse nicht so befriedigend. Zudem rufe zwar „Führen wir den Friedensvertrag aus!“ Der Vertrag aber sei ein ziemlich mangelhaftes diplomatisches Instrument, aber er sei eben vorhanden. Der Vorsitzende der Wiederherstellungskommission, Dubois, habe den Schaden an Personen und Sachen auf 200 Milliarden geschätzt zu einer Zeit, zu der vom Wechselkurs noch nicht die Rede gewesen sei. Das Abkommen von Paris bedeute ein Opfer Frankreichs. Die Deutschen täuschen die Verbündeten, ob es sich um die Eisenbahn oder um die Finanzen handle. Deutschland habe nur 100 000 Mann unter den Waffen, Frankreich 7—800 000 Mann in den Kasernen anstatt in den Fabriken und auf den Feldern. Laforeyrie verlangte Aufklärung darüber, ob die 20 Milliarden Goldmark der Erstattung von der Gesamtsumme abgezogen würden. (Finanzminister Doumer erwiderte, daß diese 20 Milliarden Goldmark eine Sicherheitsleistung für die Eisenbahnen, die zu Lasten Deutschlands gehen, seien, besonders für die Unterhaltung der Besatzungstruppen.) Deutschland müsse internationale Anleihen aufnehmen und Frankreich müsse ein Abkommen mit seinen Verbündeten über die Flüssigmachung der deutschen Schulden treffen. Briand müsse den Deutschen, die nach London kommen, um zu handeln, begreiflich machen, daß Frankreich weitere Zugeständnisse nicht machen könne.

Deferre (der frühere Kriegsminister): Entweder könne Deutschland seine Ausfuhr auf 25 Milliarden bringen, wie Loucheur meint, dann werde es rasch wieder erstarren, oder es könne dies nicht leisten, dann könne es eben auch nicht zahlen. Eine amerikanische Gesellschaft habe für die deutschen Eisenbahnen 25 Milliarden geboten. Es gebe auch noch andere Werte in Deutschland, auf die man die Hand legen könne. Man dürfe keine Politik der Schwäche betreiben, denn diese führe notwendigerweise zum Krieg. Wenn Deutschland nicht bezahle, dann müsse man dort die Hilfe des England führe. Reuter wird von zünftiger Seite beantragt, zu erklären, die Meldung beruhe auf einer „übertriebenen und verkehrten Auslegung gewisser Erklärungen“, die einem amerikanischen Berichterstatter gegenüber in London in einer vertraulichen Unterredung gemacht worden seien. Die englische Regierung erwarte in jedem Fall, daß die schwebenden Fragen eine baldige befriedigende Regelung erfahren. Der Gedanke einer kriegerischen Verwicklung mit den Vereinigten Staaten sei lächerlich. Das Auswärtige Amt sei überzeugt, daß jede etwa entstehende Frage ohne Schwierigkeit mit der gegenwärtigen oder einer künftigen amerikanischen Regierung geregelt werde.

### Eisenbahnerstreik in England?

London, 10. Febr. Einige Mitglieder des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer waren vor kurzem in Mallo (Irland) von englischen Polizisten bei einem Kampf erschossen worden. Der Volkswirtschaftsverband des Eisenbahnerverbands fordert jetzt von der Regierung die Unterjuchung dieser Angelegenheit. Der Ausschuß



Wertes des französischen Handels suchen und das sei kein einfacher militärischer Spaziergang. Wenn man aber nicht nach Deutschland gehe, um das Geld zu holen, dann werde es nicht bezahlen. In Deutschland zeige sich schon jetzt eine Einmütigkeit der Interessen bei allen Klassen der Bevölkerung. Sie wölkten nicht bezahlen. Abg. Fergeot schätzte den Nachlaß an den französischen Forderungen selbst bei den höchsten Bewertungen auf 65 Milliarden Goldfranken. Das bedeute ein Loch von 5 Milliarden. Wie solle man das verstopfen? Deutschland habe Kohlengruben. Lloyd George habe erklärt, man könne sie nicht nach England transportieren, aber für Frankreich seien sie erreichbar. Wenn die Häuser von Reims, von Arras und von Verdun nicht wieder aus den Ruinen auferstehen würden, dann könnten die von Frankfurt, von Köln und von Koblenz für sie einsehen. (Großer Beifall.)

Finanzminister Doumer sagte, die Interessen Frankreichs seien auf der Konferenz von Paris mit Energie vertreten worden. Nach seiner Ansicht erhalte bei einem Zinssfuß von 5 Prozent Frankreich 83 1/2 Milliarden in Jahreszahlungen. Wenn auch Deutschland sich arm zu stellen versuche, habe es doch noch eine große Produktionskraft und es könne in drei bis vier Jahren seine Tätigkeit von 1913 wieder finden, so daß auch auf ein annehmbares Ergebnis der Ausfuhrsteuer gerechnet werden könne.

Triand: Er brauche für die Verhandlungen in London die Vertrauensklärung der Kammer. Wenn er morgen Widerstand erfahren würde, dann werde man sehen, ob er schwach sei. Das Schicksal Deutschlands liege in den Händen der Verbündeten. Es sei eine Vete- rierung zu glauben, daß Frankreich von den Verbündeten verlassen werden könne.

Lardieu behauptet, die Pariser Konferenz habe die Ansprüche Frankreichs um 35 Prozent vermindert und sie sei nur annehmbar, wenn zugegeben wird, daß sie verbessert werde.

Fabry beantragt eine Tagesordnung: die Kammer stellt fest, daß die Pariser Konferenz die Einmütigkeit der Verbündeten bestätigt hat und sie vertraut der Regierung, daß sie die völlige Entwaffnung Deutschlands sichern und bei der Entschädigung die für Frankreich nötigen Möglichkeiten verlangen und entschlossen sein wird, die Strafmaßnahmen zur Ausübung zu bringen. Der Vertrauensantrag Fabry wurde mit 387 gegen 126 Stimmen angenommen.

### Die Stellung Bayerns.

München, 10. Febr. Die Verhandlungen der Landtagsfraktionen der Regierungsparteien in Bayern über die Note, die von der Regierung nach Berlin gesandt werden soll, dauerten bis in die späten Abendstunden. Es wurde eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt und die Parteien werden die Regierung geschlossen stützen.

Die auf Grund der Fraktionsbeschlüsse festgestellte amtliche Erklärung besagt: Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien halten daran fest, daß die Pariser Beschlüsse über die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren eine Lebensfrage für Bayern bildet und dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge für den staatlichen Wiederaufbau bestimmt ist, kann auch durch die neue Lage nicht umgestoßen werden, da die gleichen Gründe weiterbestehen. Die Einheit des Reichs stand bei den neuesten Beratungen für alle Beteiligten außer Frage. Einem Lostrennungsgedanken ist während der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur einen Augenblick Raum gewährt worden.

### Neuer Generalstreik in Berlin?

Berlin, 10. Febr. Die Arbeiter und Angestellten von Groß-Berlin haben neue Lohnforderungen aufgestellt, die von der Stadtverwaltung in Anbetracht des großen Preißbetrags der Stadtkasse (5 1/2 Milliarden) abgelehnt wurden. Die Kommunisten entfalten eine große Rührigkeit, um den Generalstreik durchzuführen, der wieder das ganze Berufsleben der Stadt lahmlegen würde.

## Ein Frühlingsstraum.

84. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehns.

Wanz leise wurde da die Tür geöffnet. „Schläfst sie noch?“

„Nein, Onkel Doktor, kommen Sie nur herein!“ und den Kopf ein wenig wendend, lächelte sie dem Eintretenden entgegen.

„Nun, wir haben doch schön geschlafen? Ja? Na, also! Und kein Fieber mehr?“ sagte Doktor Hamann etwas gezwungen lustig. Er als Arzt wußte ja am besten, wie es stand, daß es keine Rettung mehr gab — zwei Tage höchstens noch! —

„Kindchen, draußen ist jemand, der Sie gern sehen will — darf er —?“

„Wer?“ ein schwaches Rot trat in ihr Gesicht; der Gedanke an Wolf durchzuckte sie; aber das war ja unmöglich; er konnte ja nichts von ihrem Kranksein wissen.

„Können Sie nicht raten? Doktor Kornelius!“

Sie nickte. Weich darauf stand dieser an ihrem Bette, keines Wortes fähig vor innerer Bewegung.

Sie reichte ihm die schmale, abgekehrte Hand. „Das ist lieb von Ihnen, daß Sie noch einmal nach mir sehen! Nicht wahr, wir waren doch zwei gute Kameraden und haben wacker miteinander gearbeitet!“ Er drückte festig ihre Hand; sprechen konnte er nicht. Wie durch einen Schleier sah sie sein tränenerdunkeltes Blick die Gekerbte liegen. „Seh Sie,“ fuhr sie müde lächelnd fort, „wenn ich nun Ihre Braut wäre, so wäre es doch viel schmerzlicher für uns — Vergessen Sie nur Ihren guten Kameraden nicht!“ Doktor Kornelius unterdrückte gewaltsam das in ihm aufsteigende Schluchzen; wortlos und hastig verließ er das Zimmer, da der Zimmer ihn zu übermannen drohte — und sinnend sah sie ihm mit den großen leuchtenden Augen nach. Sie hatte ihn so

heute abend soll in Versammlungen über den Streit abgestimmt werden.

### Löbe über die Kriegsschädigung.

Breslau, 10. Febr. In der „Breslauer Volkswacht“ erklärt Reichstagspräsident Löbe, die Verpflichtung zur Zahlung von 226 Milliarden Goldmark und etwa 36 Milliarden Ausfuhrabgaben zu unterschreiben, hieße nicht nur wider Treu und Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen, deren Unmöglichkeit beim ersten Zahlungstermin sich herausstellen würde. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde weder die Arbeitsfreudigkeit der Bergleute erhöhen, noch die Beschaffenheit der Kohlen bessern. Die Wirkungen der vernichteten Förderung würden nicht nur die Franzosen spüren; in Deutschland selbst würde das Meer der Arbeitslosen sowenig Steuer zahlen wie die stillgelegten Betriebe, und die gesunkenen Produktionskräfte würden allen Ausfuhrabgaben ein schnelles Ende machen.

Paris, 10. Febr. Nach einer Mitteilung aus Konstantinopel hat die nationaltürkische Abordnung Angora am 7. Februar verlassen, um sich nach London zu begeben. Sie wird in Rom mit der türkischen Abordnung aus Konstantinopel zusammentreffen.

London, 10. Febr. „Daily Mail“ meldet aus New-York, Senator Cormick, der Freund Harding's, habe erklärt, der Vertrag von Versailles berechtige die Verbündeten, eine Summe zu fordern, die in 30 Jahren bezahlt werden könne, er berechtige sie aber nicht, 42 Jahre lang Zahlungen und andere Leistungen aus Deutschland herauszuholen oder die deutsche Ausfuhr ohne Zustimmung Deutschlands mit Abgaben zu belegen.

Tokio, 10. Febr. Der Kronprinz von Japan wird sich am 3. März nach England einschiffen.

### Oberschlesien und die polnische Währung.

Wie der Vizepräsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. von Glöckner in der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ ausführt, würde der Anschluß Oberschlesiens an Polen notwendigerweise auch die Einbeziehung des Landes in das polnische Währungsgebiet zur Folge haben. Die polnische Mark ist infolge der polnischen Mißwirtschaft der immer mehr anwachsenden Passivität der Handelsbilanz (nur 25 Prozent Ausfuhr) ständig gesunken. Die Kursbewegung des letzten Jahres ergibt sich aus folgender Übersicht:

Ende	1920:	60 Reichsmark	für 100 polnische Mark
Februar	60	Reichsmark	
März	44,5	„	
April	32	„	
Mai	21	„	
Juni	25,5	„	
Juli	22,5	„	
August	21	„	
September	21,6	„	
Oktober	22,5	„	
November	13,25	„	
Dezember	11,50	„	

Auch in Zukunft wird sich der Kurs nicht günstiger gestalten. Die Einführung der polnischen Währung schließt eine gedeihliche Entwicklung der Industrie Oberschlesiens aus und muß das Wirtschaftsleben dem Niedergang und dem Ruin entgegenführen. Schon aus dieser Erwägung heraus muß jeder Oberschlesier im eigenen wirtschaftlichen Interesse für den Anschluß an Deutschland stimmen.

## Landtag.

Stuttgart, 10. Febr.

(44. Sitzung.) Eine lebhafte Aussprache hatte sich heute über das Kap. 27 (Straßen- und Wasserbau) aus dem Haushaltsplan des Ministeriums des Innern entsponnen. Die Auseinandersetzungen betrafen teils das Inflationsmonopol der Elektrizitätswerke, teils die Fluktkorrekturen im Rems- und Murrtaal, teils die

Errichtung von Kraftwerken und die Beteiligung des Staates daran. In der Debatte, an der sich hauptsächlich Pfleger (S.), Höhler (Z.), Henne (D.D.P.), Müller (S.P.) und die Minister Graf und Fleischer beteiligten, wurden zahlreiche Einzelwünsche laut. Die Regierung erklärte sich für die Ausnutzung der Wasserkraft durch gemischtwirtschaftlichen Betrieb, also durch Beteiligung des Staats an neuen Werken, um eine allzu starke Belastung des Staats zu vermeiden. Das Kapitel wurde samt den Entschlüssen des Finanzausschusses genehmigt, ebenso die Uebernahme der Straßen- und Fußbaunterhaltung auf den Staat gegen Kostenerlag (besonders die Murr- und Remshorrektion) gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen dem. Partei.

Bei Kap. 28 (Allgemeine Wohlfahrtspflege) beantragten die weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen, die Summe zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs von 80 000 auf 90 000 zu erhöhen. Der Ausschuss beantragte Erhöhung der Beiträge an Vereine und Anstalten, planmäßige Verminderung der Schankwirtschaften und Bekämpfung der Animerkneipen. Während der Debatte kam es zu einem lebhaften Zusammenstoß des Ministers Graf mit den Kommunisten und Unabhängigen, die die Leistungen der Wohlfahrtspflege bemängelten und die ausschließliche Hilfe vom Sozialismus erwarteten. Der Minister lehnte den Frauenantrag ab; übrigens werde im Nachtragsetat eine Million zur Bekämpfung der Tuberkulose angefordert. Das Kapitel wurde samt den Entschlüssen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen, der Frauenantrag gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Bürgerpartei, einiger Sozialdemokraten und der Frauen abgelehnt.

Angenommen wurde auch Kap. 29 (Jugendfürsorge) mit einem Aufwande von 1,6 Millionen. Abg. Hausmann (D.D.P.) behauptet, daß von 35 Jugendämtern erst 3 in Tätigkeit seien. Abg. Baumgärtner (S.P.) trat für die Kindererziehungsanstalten im Lande ein und erbat größere Zuschüsse. Die Regierungsgemittel sollten zu den Anstalten nicht im Auto kommen, sondern sparen und auch nicht die Entfremdung religiöser Bilder verlangen.

Abg. Seymann (S.) griff den Minister scharf an; die Jugendämter hätten keine konfessionellen Aufgaben. Der gute Wille zur Durchführung des Gesetzes fehle.

Minister Graf erwiderte ebenso scharf. Von 34 vorgesehene Jugendämtern seien 18 tatsächlich eingeführt oder am Abschluß; wenn es nicht rascher gehe, so seien die Verhältnisse schuldig. Das Ministerium Heymann habe allein zu den Ausführbestimmungen 1/4 Jahre gebraucht. Der Minister mißbilligt es in schärfer Form, wenn ein Revisionsbeamter in einer Anstalt die Befreiung religiöser Bilder verlangte, und bezeichnet es als merkwürdig, daß im Jugendamt kein Katholik Platz fand. Nachdem noch Abg. Stettin (Komm.) die Wegnahme der Friedgrabanstalten aus den Händen der christlichen Kirche gefordert und gerufen hatte, man solle die Klöster auspußen und Erziehungsbäuer nach russischem Muster einrichten, wurde das Kapitel und ebenso Kap. 30 (öffentliche Armenpflege) erledigt.

## Württemberg.

Stuttgart, 10. Febr. (Ministerbesuch.) Reichsminister des Innern Dr. Simons wird voraussichtlich am Sonntag, den 13. Februar zum Besuch der württembergischen Staatsregierung nach Stuttgart kommen. Wie wir hören, wird der Herr Reichsminister bei dieser Gelegenheit in einer öffentlichen Versammlung hier sprechen.

Die Dienststellung verheirateter Beamtinnen. Wie die Oberpostdirektion Stuttgart mitteilt, beträgt die Kündigungsfrist bei Beamtinnen im Fall ihrer Verheiratung; bei einer Dienstzeit bis zu 7 Jahren drei Monate, von 7—15 Jahren sechs Monate. Bei einer Dienstzeit von 15 Jahren und darüber ist die Stellung unkinbar.

Stuttgart, 10. Febr. (Protest gegen das Pariser Abkommen.) Die Deutsche Volkspartei Württembergs hat zu dem Pariser Abkommen eine Entschlie- fang an die Reichsregierung abgehen lassen, in der es heißt: Die Deutsche Volkspartei Württemberg weiß sich mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volks darin einig, daß die Pariser Beschlüsse Unerfüllbares und Unmögliches fordern, daß die Annahme dieser Forderungen den Untergang Deutschlands und die Verflawung seiner Bewohner mit Notwendigkeit herbeiführen müßte, ohne dadurch die Erfüllung der Forderungen zu ermöglichen. Die Deutsche Volkspartei erhebt entschiedensten Einspruch gegen die Annahme der Beschlüsse, sie fordert auch die Revision des gleichfalls Unmögliches verlangenden Vertrags auf friedlichem Weg und sie verlangt demgemäß von der Reichsregierung, daß sie keine Mittel unversucht läßt, und daß sie die Unterschrift verwei-

„Einen Wunsch hätte ich wohl noch,“ begann Mary wieder.

„— und der wäre? Was in meinen Kräften steht, mein Kind, soll Dir werden.“

„Könnte ich wohl, — möchten Sie — möchtenst Du nicht veranlassen, daß —“ sie hielt inne; es wurde ihr doch schwer, das auszusprechen. sie auf dem Herzen hatte.

„— sprich doch, Kind! Gerne, alles, alle. Du haben!“

„Ich möchte — ich möchte Hauptmann Wolfsburg so gern noch mal sprechen,“ rang es sich endlich mühsam von ihren Lippen, während ein lüchtes Rot von ihren Wangen stieg. Frau Doktor Hamann sah sie einen Augenblick betroffen an. Der also war es, den Mary vor Jahren so namenlos geliebt — o, nun wurde ihr so vieles klar — ihr Wille, das Kind trotz körperlicher Schwäche durchaus zu pflegen — ihre häufigen Wege nach dem Friedhof — aber sie machte keine Bemerkung darüber.

„Aber natürlich, Kind, soll das geschehen. Heute noch?“

„Wenn möglich, ja! Und kann er nicht kommen, geben Sie ihm dieses — ach ja, Du, liebe Mutter!“ Und sie reichte ihr den Zettel, den sie vorher geschrieben Es waren nur die paar Worte: „Ein letztes, Behüt Dich Gott!“ Denke zuweilen an Deine Mary.“

Frau Doktor Hamann telephonierte sofort nach ihrer Wohnung. Wolf war selbst da, und sie bat ihn um seinen Besuch. Er sagte sofort zu, und nach kurzer lange, so kam er auch. Sie begrüßte ihn.

„Meine Bitte, zu uns zu kommen, ist Ihnen ja selbstam erschienen. Doch es war ein Wunsch Schwachs Konfusos, Sie noch einmal zu sprechen — sie ist sehr krank.“

(Fortsetzung folgt.)





gert, falls die Verhandlungen zu keinem für uns annehmbaren Ziel führen.

**Wailfingen, 10. Febr.** (Auflösung des Kommunalverbands.) Der Kommunalverband des hiesigen Oberamtsbezirks wird mit dem 1. April aufgelöst.

**Crailsheim, 10. Febr.** (Freiwillig gestellt.) Der bisher vermifste Hauptlehrer von Ulrichshausen, der unter dem Verdacht von Sittlichkeitsvergehen verhaftet werden sollte, hat sich bei der Staatsanwaltschaft Dill freiwillig gestellt.

**Ellwangen, 10. Febr.** (Ein ehrendes Zeugnis.) Nach einer Verfügung des Ernährungsministeriums ist der Gemeinde Benzheim, die ihrem Gemeindelieferant in Getreide nachgekommen ist, das Recht eingeräumt worden, Maßscheine selbst auszustellen. Ein ehrendes Zeugnis für die Gemeinde.

**Sindelfingen, 10. Febr.** (Straßenbahn.) Die Stadtgemeinde hat der Gemeinde Vaihingen a. F. zum Ausbau der Straßenbahnlinie Kalkental-Vaihingen einen Beitrag von 50 000 Mark bewilligt unter der Bedingung, daß die Straßenbahn innerhalb der nächsten 10 Jahre bis Sindelfingen weitergeleitet wird. Im anderen Fall ist der Betrag zurückzuerstatten.

**Tübingen, 10. Febr.** (Protestversammlung.) Der Allgemeine Studentenausschuß hatte auf gestern Abend eine Protestversammlung gegen das Pariser Abkommen veranstaltet, die von über 2000 Studenten und Bürgern besucht war. Reichstagsabg. v. Kardorff hielt die Rede. Eine Protesterklärung der Studentenschaft wurde einstimmig angenommen. — Der deutsche Hochschüler fordert seine Mitglieder auf, angesichts des Entschens der Zeit alle Festlichkeiten für die nächste Zeit zu unterlassen.

**Wernau, 10. Febr.** (Profess.) Frater Odo, Herzog von Württemberg, Sohn des Herzogs Albrecht, legt heute am Feste der hl. Scholastika, seine Profess bei den Benediktinern ab.

**Korb-Steinreudach, 10. Febr.** (Amerikaner.) Von hier gebürtige Wilhelm Barckert in Wackerlhal hat seiner Heimatgemeinde für unterernährte Kinder und sonstige Bedürftige 7121 Mk. überwiesen.

**Wiberach, 10. Febr.** (Ehrenbürger.) In Anerkennung der vielen und hervorragenden Verdienste, die sie sich um die Stadtgemeinde erworben haben, sind Kommerzienrat Baur und Privatmann Reinhold Schele hier durch Beschluß des Gemeinderats vom 1. Oktober 1920 zu Ehrenbürgern ernannt worden.

### Handel und Verkehr.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Schlachtwiechmarkt.) Dem Donnerstagmarkt waren zugeführt: 61 Ochsen, 6 Farcen (Bullen), 181 Säure und Jungkinder, 156 Kühe, 188 Kälber, 129 Schweine. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden bezahlt bei Ochsen erste Qualität 720—780, zweite 600—700, Bullen erste 650—700, zweite 550—620, Jungkinder erste 740—780, zweite 600—700, Kühe erste 530—640, zweite 400—500, dritte 250—370, Kälber erste 850 bis 900, zweite 750—820, dritte 680—720, Schweine erste 1050 bis 1100, zweite 950—1000, Hammelfleisch 1000—1150 Mk. Der Markt verlief bei Schweinen lebhaft, sonst sehr flau.

**Rom Schwarzwald, 10. Febr.** (Schneefall.) In der Nacht zum Donnerstag ist weithin im Schwarzwald Schnee gefallen. In den Kurorten sind zahlreiche Wintergäste eingetroffen. Dem Schneespott wird auf den hohen Berglagen, wie Kniebis, eifrig gehuldigt.

### Mutmaßliches Wetter.

Ueber Süddeutschland sind immer noch Störungen vorhanden, die von dem Hochdruck im Nordosten nur langsam ausgeglichen werden. Am Samstag und Sonntag ist meist trockenes und etwas kälteres Wetter zu erwarten.

### Lotales.

**ep. Kirchenopfer am Landeshaupttag.** Das Kirchenopfer am Landeshaupttag, Sonntag 13. Februar, ist für die Ep. Studienstiftung bestimmt, die nach dem Tod so vieler junger Theologen 1916 begründet wurde, um tüchtigen Söhnen ev. Familien das theologische Studium dadurch zu erleichtern, daß ihnen für die Zeit der Vorbereitung auf das Seminar oder die Hochschule Studienbeihilfen gereicht werden.

**Die Finanzierung des Nedarkanals.** Die Verleserinnen über die neuerdings geplante Finanzierung des Nedarkanals kann die „Schwäb. Tagwacht“ auf Grund genauer Informationen ergänzen. Auf Vorschlag des Reichs soll zur Ausbringung der Gesamtkosten, die heute auf rund 2 Milliarden geschätzt werden, eine Aktiengesellschaft ins Leben gerufen werden mit einem Kapital von 500 Millionen Mark und einem Obligationenaufbringen von bis zu 1500 Millionen Mark. Die Bank ist auf 12 Jahre angenommen. Das Reich wird für die gesamten Obligationen die Zinsgarantie übernehmen und hofft, daß dahinter noch die Garantie der Länder tritt. An dem Aktienkapital würde sich das Reich mit 50 Prozent beteiligen und, wenn die Länder ein gleiches tun, in unglücklichen Jahren auf die Verzinsung seines Aktienanteils verzichten. Die Aktiengesellschaft soll den ganzen Kanal bis Plochingen, einschließlich der Kraftwerke, bauen. Die Einnahmen aus Strom sollen zum Betrieb und zur Unterhaltung der Wasserkraftwerke und zur Verzinsung und Rückzahlung des gesamten Baukapitals herangezogen werden. Den Betrieb und die Unterhaltung der Schiffsfahrtsstraße soll das Reich aus den Schiffsfahrtsabgaben bestreiten.

**Keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Entgegen einer Berliner Zeitungsmeldung wird halbamtlich mitgeteilt, daß zurzeit nicht beabsichtigt ist, die Unterstützungssätze für Erwerbslose, die erst am 1. November v. J. erhöht worden sind, weiter heraufzusetzen.

**Gefangenen-Heimkehr.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Da infolge der am 31. März d. J. vorgesehener Auflösung der Heeresabwärtungsämter Verbringung unter den Heimkehrern entstanden ist, weil

sie befürchten, daß ihre Gefuche nach diesem Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt würden, ist das Heeresabwärtungsamt mit der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin in Verbindung getreten. Eingehende Berechnungen und Verhandlungen haben ergeben, daß Grund zur Beunruhigung in dieser Hinsicht nicht vorliegt und daß die Ansprüche der Heimkehrer nach wie vor ihre ordnungsmäßige Erledigung unter möglichster Beschleunigung finden werden.

**Güterverkehr nach Oesterreich.** Infolge von Betriebschwierigkeiten ist bis auf weiteres die Annahme von Wagenladungen nach Passau Ort und Uebergang ganz gesperrt und nach Simbach, Salzburg und Kufstein Ort und Uebergang beschränkt worden. Auskunft über die zugelassenen Güter geben die Güterstellen. Für Sperrausnahmen über Simbach, Salzburg und Kufstein ist die Eisenbahndirektion München zuständig, den Anträgen sind die Originalfrachtbriefe beizulegen.

**Postalisches.** Vom 15. Februar werden wieder Postausgaben und Rechnungen nach der Tschecho-Slowakei zulässig sein. — Seit kurzem sind zwar Wertbriefe nach Italien zugelassen. Die italienische Postverwaltung befindet sich aber vorläufig keine Wertbriefe nach Trentino, Südtirol und Dalmatien.

**Die spanische Fremdenlegion.** Eine Notiz, die kürzlich über die Gründung einer spanischen Fremdenlegion durch verschiedene Blätter ging, hatte den jedenfalls nicht beachteten Erfolg, daß viele junge Leute versuchen, in diese Legion sich aufnehmen zu lassen. Es kann aber nicht dringend genug gewarnt werden, sein Leben und seine Gesundheit für einen fremden Staat in die Schanze zu schlagen und vor allem zu dienen, zu denen offenbar die eigenen Landesfinder den Spaniern zu gut sind. Werden die Legionäre durch Krankheit oder aus anderen Ursachen dienstunfähig, so liegen sie ohne Versorgung auf der Straße. Nach dem Friedensvertrag von Versailles ist die Reichsregierung verpflichtet, zu verhindern, daß Reichsangehörige in fremden Ländern militärische Dienste nehmen, sie kann also für Reisen zu solchen Zwecken keine Pässe ausstellen. Außerdem besteht die Gefahr, daß junge Leute auf dem Weg nach Spanien von französischen Verberern abgefangen und mit List oder Gewalt in die berüchtigte französische Fremdenlegion gesteckt werden.

**Warnung.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Seit einigen Monaten macht ein angeblicher Journalist Jhling durch seine öffentlichen Vorträge von sich reden, die er in bayerischen Städten über die Fremdenlegion hält, um vor dem Eintritt in diese und vor Verberern zu warnen. Für jeden Vortrag verlangt er 100 Mark, außerdem hat er Sammlungen veranstaltet, und auch schon versucht, von Behörden Geldmittel zu erlangen, die er angeblich zu Propagandazwecken im Kampf gegen die Fremdenlegion verwenden wollte. Jhling ist schwer vorbestraft. Nach seinem Vorleben ist es zweifelhaft, ob er überhaupt je in der Fremdenlegion gedient hat. Er verdient keine Unterstützung für seine Bestrebungen.

### Vermischtes.

**Die Reichseinnahmen** beliefen sich im Dezember 1920 auf 5076 Millionen Mark gegen 170 Millionen im Vorjahr. In der Summe sind inbegriffen 1430 Millionen Reichseinkommensteuer, 2537 Millionen aus dem Reichsnotopfer, 168 Millionen Umsatzsteuer. Vom 1. April bis Ende Dezember 1920 kam auf direkte und Verkehrssteuern ein Mehr von 13 873 Millionen gegen die gleiche Zeit in 1919.

**110 000 Deutsche** sind nach dem „Freien Journal“ bisher aus Eläß-Vorbringen ausgewiesen worden oder haben das Land wegen der französischen Verfolgung freiwillig verlassen.

**Japanische Spende.** Der Besitzer zweier großen Zeitungen in Japan, Motoyana, hat für die deutsche Kinderhilfe 300 000 Mark gespendet.

**Kraftwagenverbindung zum Koffhäuser.** Die Oberpostdirektion Halle wird vom 1. Mai ab eine Kraftwagenverbindung von Frankenhäusen (Schwarzr.-Rudolstadt) nach dem Koffhäuser einrichten.

**Gegen den Frack.** Auf das Ansuchen des Bundes der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte haben mehrere preussische Minister sowie der Reichsminister des Auswärtigen ihre Amtskreise angewiesen, bei Prüfungen und Vorstellungen der Beamten auf den Frackzwang zu verzichten und nur auf einfache, angemessene Kleidung zu halten, die den heutigen Verhältnissen entspricht.

**Erinnerungsgeld.** Die Stadt Bensheim an der Bergstraße hat zur Erinnerung an ihr 600jähriges Stadtjubiläum ein künstlerisch gehaltenes Notgeld (50 Pfennig-Scheine) herausgegeben, das durch die Stadtkasse auch an Sammler zum Nennwert abgegeben wird.

**Die Werke Talperra Europas.** Nach den Plänen der Karl-Zeiss-Gesellschaft für den Bau der Saalealsperre, die mit einem Kostenaufwand von etwa 650 Millionen Mark die größte Talperra Europas werden wird, soll die Sperrmauer für die Talperra unterhalb der Reichsdammverbindung bei Saalburg errichtet werden.

**Ueble Nachrede.** Vor dem Schöffengericht Sena wurde gestern gegen den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs verhandelt, gegen den etwa 200 Offiziere, die 1914 in Belgien waren, Verleumdung erhoben wegen Verdrehung einer Behauptung in der Zeitschrift „Die Tat“, derzufolge nach Beobachtungen eines „europäischen Diplomaten“ jeder deutsche Offizier sofort ohne Ausnahme beim Einmarsch in Belgien gestohlen haben soll. Das Urteil lautete wegen übler Nachrede auf 800 Mk. Geldstrafe.

**Tanzverbot.** In einem Münchner Hotel wurde am Montag Abend eine Tzengesellschaft der besten Gesellschaft veranstaltet, bei der trotz des allgemeinen Tanzverbots der bayerischen Regierung schlesisch auch getanzt wurde. Die Polizei schritt ein und brachte die ganze Gesellschaft, 40 Personen, auf die Polizeidirektion, von wo sie nach der Vernehmung wieder entlassen wurde.

**In der Fastenzeit** kam es in Aachen öfters zu Zusammenstößen zwischen belgischen Patrollen und Soldaten. Bei einem dieser Fälle gerieten belgische Soldaten mit deutschen Wägern in einer Wirtschaft in Streit. Die Soldaten holten Verwundungen und auch einige Patrouillen rückten an, die auf die geschloffenen Wirtschaft Soldaten abgaben, wodurch an dem Haus und in demselben Verwundungen abgerichtet wurden. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

**Notenahlicher.** Die Berliner Polizei hat wieder eine Anzahl Galtzer und Polen festgenommen, die gefälschte polnische 1000-Markscheine in Umlauf gesetzt haben. Bei kleinen Banknoten usw. wurden ganze Pakete dieser Fälschungen eingewaschen. Verurteilte Schreier gelangten in großer Menge auch zur Ausgabe in Kattowich, Thann, Loßpzig und anderen Städten. In Frankfurt und Wiesbaden wurden, wie gemeldet, die Fälscherwerkstätten entdeckt.

**Warum werden die Geschäftsbriefumschläge nicht billiger?** Der Verein der Papier- und Schreibwarenhändler Groß-Stuttgarts teilt mit: Eine große Zahl Stuttgarter Papier- und Schreibwarenhändler hat die Preise für Geschäftsbrief-Umschläge wesentlich herabgesetzt. Darauf erhielt der Verein der Papier- und Schreibwarenhändler Groß-Stuttgarts von dem Verein deutscher Briefumschlagfabrikanten in Eschfeld folgendes Schreiben: „Durch Leitungs-Ansicht ist uns bekannt geworden, daß die Geschäftsbrief-Umschläge zu Preisen anbieten, die unter den derzeitigen Preisen des Vereins deutscher Briefumschlagfabrikanten liegen. Wir erblicken darin ein Vorgehen gegen uns, das uns zu Gegenmaßnahmen zwingen könnte. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir gegebenenfalls dazu übergehen müßten, Ihre sämtlichen Mitglieder für den Treubruch abzuverleihen und auf Grund der Treubruch-Ansicht gegen Ihre Herren Mitglieder vorzugehen. Wir sind jedoch bereit, uns mit Ihnen gütlich zu verständigen und bitten um Mitteilung, woher die von Ihnen angebotenen Umschläge stammen.“ — Ein weiteres Wort zu diesem Schreiben dürfte wohl überflüssig sein.

**20 Milliarden Goldmark.** Die Forderungen von uns, daß wir in 42 Jahren nicht weniger als 228 Milliarden Goldmark zahlen sollen. Dazu kommt noch ein 12 1/2 Proz. Zinszuschlag auf die gesamte deutsche Ausfuhr, der wohl für England zum Wiederhalten des deutschen Handels bestimmt ist. Das ergibt insgesamt eine zu zahlende Schuld von rund 270 Milliarden Goldmark oder nach dem Stand unserer Wälua die Kleinigkeit von 2700 Milliarden Papiermark. — Angenommen, die Bezahlung erfolgte wirklich in Gold (Zwanzigmarkstücken), so wiegt ein Zwanzigmarkstück 8 Gramm. 1 Million Mark (50 000 solcher Stücke) hat demnach ein Gewicht von 400 000 Gramm = 400 Kilogramm = 8 Zentner, und 1 Milliarde (1000 Millionen) ein solches von 8000 Zentner. Die zu zahlenden 2700 Milliarden haben somit eine Last von 2 160 000 Zentner. Um diese ungeheure Menge Gold mit der Bahn nach Frankreich zu befördern, wären 10800 Wagen erforderlich, das sind 180 Züge zu je 60 Wagen zu je 200 Zentner. Der sollten uns unsere Eisenbahnen nicht mehr zur Verfügung stehen und wir gezwungen sein, diesen Goldschatz mittels Pferdewagen nach dem feindlichen Land zu bringen, so müßten, wenn jedes Gefährt mit 50 Zentnern beladete, nicht weniger als 43 200 Geschirre mit 86 400 Pferden aufgeführt werden. Wieviel sind aber 2700 Milliarden Papiermark? Angenommen, wir zählten in Hundertmarkstücken. Dazu würden 27 Milliarden Stück benötigt. Jede Reichsbanknote von 100 Mark vom 7. 2. 1908 hat eine Länge von 158 Zentimeter, Würden nun diese 27 Milliarden Stücke der Länge nach aneinander gelegt, so ergäbe das einen Streifen von 4 286 000 Kilometer Länge. Da der Erdbumfang 40 000 Kilometer beträgt, so wäre dieser Streifen bequem 108mal um die ganze Erde zu legen. Noch ein anderer Vergleich! Der Mond ist durchschnittlich 384 400 Kilometer von uns entfernt. Dieser Banknotenstreifen würde infolgedessen 11,09mal von der Erde bis zum Mond reichen.

### Letzte Nachrichten.

#### Czerwin kommt nicht.

**Wien, 10. Febr.** Graf Czernin erklärte, daß es den Gesandtschaftsposten in Berlin nicht übernehmen könne. (Die Großdeutsche Partei hatte gegen seine Berufung Widerspruch erhoben.)

#### Polnische Zwangsanleihe.

**Warschau, 10. Febr.** Der polnische Finanzminister beabsichtigt eine Zwangsanleihe durchzuführen und daneben eine Vermögensabgabe beim Parlament zu beantragen.

#### Zollzuschläge in Ungarn.

**Budapest, 10. Febr.** Die Neuregelung der Zuschläge zu den Einuhrzöllen sieht für die Einfuhr von Rohstoffen und Maschinen ein Aufgeld vor, das das Fünftache des Einfuhrzolls, für Massenverbrauchsartikel das Zwanzigfache, für Luxus- und Modedartikel das Hundertdreißigfache, für reine Genussmittel, wie Süßfrüchte und Champagner, das Siebzigfache des Einfuhrzolls beträgt.

#### Eine heiße Geschichte.

**London, 10. Febr.** Die ganze Presse beschäftigt sich mit dem amerikanischen Bericht über die Unterredung eines amerikanischen Zeitungsvertreter mit einem „Hohen Beamten des Auswärtigen Amtes“. Die „Times“ schreibt, gewissen Krisen sei die heifällige Aufnahme der Rede Lloyd Georges in Birmingham in Amerika schmerzhaft und sie suchen Trost in der Ausnützung dieser Geschichte. Freilich trage auch England Schuld, denn es besitze keine „amerikanische Politik“ und überhaupt keine auswärtige Politik in gewissen Fragen. Das Auswärtige Amt sei von Lloyd George verdrängt worden. Es sei ein Glück, daß in der Regierung und im Kongreß in Washington ein Bruch wegen der schwebenden Fragen (Schuld Englands an Amerika, Seerüstungen, Beziehungen zu Japan, Petroleumbetrieb usw.) undenkbar sei, aber es sei notwendig, daß die englische auswärtige Politik wieder auf feste Grundlagen gebracht werde.

#### Die bolschewistische Propaganda in Italien.

**Rom, 10. Febr.** Der Senat beschäftigte sich gestern mit der bolschewistischen Propaganda in Italien. Senator Garofalo hatte eine kleine Anfrage über die Entschlüssen der französischen Polizei betreffend die bolschewistische Propaganda an die Regierung gerichtet. Namens der Regierung antwortete Staatssekretär Comandini, die Regierung werde nie eine bolschewistische Propaganda dulden.

**Berlin, 10. Febr.** Konsul Graf Spee ist als vorläufiger Geschäftsträger für Athen in Aussicht genommen. Generalkonsul Bempff geht demnächst nach Montreal (Kanada) auf seinen Posten.

**Berlin, 10. Febr.** Aus Anlaß der Aufdeckung großer Diebstähle im Berliner Osthafen ist der Lagerbesitzer Prebde verhaftet worden, der über 100 Zentner Mehl verschoben hat.

Vor dem Schwurgericht in Essen begann heute der Prozeß gegen 12 Arbeiter, die am 19. März v. J. 11 Mann der Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr am Wasserurm in Essen ermordet haben.



# Aus der Heimat.

Wildbad, den 11. Febr.

Sitzung des Gemeinderats am 1. Februar. Erweiterung des Gaswerks. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Gaswerksdirektors Heinrich in Pforzheim muß das städt. Gaswerk durch den Einbau eines zweiten Siebenerretortenofens vergrößert werden, um dem Gasbedarf künftig genügen zu können. Die hiermit verknüpften Bauarbeiten (Vergrößerung des Ofenhauses, Verlegung der Gasmeisterwohnung, Vergrößerung des Reiniger- raums u. s. w.) verursachen einen Kostenaufwand von 121675 Mk., wozu noch die Kosten des Siebenerofens mit 128325 Mk. kommen, zus. 250000 Mk. Da man bei Nichtausführung des Baues Gefahr laufen würde, kommenden Sommer den Gasbedarf nicht mehr voll decken zu können, läßt sich eine Verschiebung des Erweiterungs- baues bis nach Eintritt günstiger Bauverhältnisse nicht verantworten. Der Gemeinderat beschließt daher, die Aus- führung des Erweiterungsbaues zu genehmigen und die Bauarbeiten im Einzelpreisverfahren zur Vergebung zu bringen. Stadtwaldungen: Der Kulturplan für die Stadtwaldungen für das Ruhungsjahr 1921, der einen Gesamtaufwand für Kulturen von 135000 Mk. vorsieht, wird genehmigt. Ebenso wird dem Nutzungsplan für 1921 mit einer Gesamtnutzung von 9410 Jm. die Genehmigung erteilt. Es wird in der hiesigen Einwohnerschaft kritisiert, daß die städt. Holzhauer die ihnen erteilte Erlaubnis, eine Traglast Leesholz abends mit nach Hause zu nehmen, miß- brauchen und häufig Stangenholz und schwaches Rund- holz nach Hause tragen. Das Forstamt wird ersucht, die Holzhauer auf das Unstatthafte dieses Verfahrens hinzu- weisen und gegen den eingerissenen Mißbrauch mit aller Strenge einzuschreiten. Den hiesigen Bäckermeistern wird zur Aufrechterhaltung ihrer Bäckereibetriebe für das Jahr 1921 je 25 Rm. forstliches Prügelholz zum Preise von 40 Mk. für 1 Rm. aus dem Stadtwald abgegeben. Ge- wereschule. Die Belohnung der Lehrer der Gewerbe- schule wird mit Wirkung vom 1. Mai 1920 an auf 6 Mk. für 1 Stunde oder 240 Mk. für 1 Jahreswochenstunde festgesetzt. Straßenbau. Die Herstellung der Gas-

und Wasserleitung der Böhnerstraße wird der hiesigen In- stallationsinnung um die Voranschlagssumme von 36340 Mk. mit dem Vorbehalt übertragen, daß sich die Innung verpflichtet, die Arbeit um die nachträglich von der Landes- preisstelle festzusetzenden Preise auszuführen. Ebenso wird die Erneuerung der Gasleitung im Hauswiesenweg, Orts- weg Nr. 31, mit einem Aufwand von 1000 Mk. zur Aus- führung genehmigt.

Gemeinderats-Sitzung vom 7. Febr. Lebens- mittel. Die auf dem Lebensmittelamt noch vorhandenen Hülsenfrüchte sollen zu ermäßigten Preisen an die Ein- wohnerschaft abgegeben werden: Bohnen und Erbsen zum Preise von 1 Mk. 50 Pf., Linsen zu 2 Mk. für 1 Pfund. Der noch vorhandene kleine Rest amerikanisches Weizen- mehl (bei einer Verteilung an die Gesamtheit kämen nur 10 Gramm auf 1 Person) soll an Kinder unter 2 Jahren und an ältere Leute über 65 Jahre in Portionen von je 2 Pfund zum Preise von 5 Mk. 50 Pf. für 1 Pfund abgegeben werden. Fertigstellung des sog. Hohl- wegs. Mit der 3r. St. als Notstandsarbeit zur Beschäf- tigung Erwerbsloser zur Ausführung gelangenden Böhner- wege und Parkstraße sind die in diese einmündenden Neben- wege zu korrigieren und auszubauen. So auch der sogen. Hohlweg, Feldweg Nr. 35. Das Stadtbauamt legt Plan und Voranschlag hierüber vor. Die Baukosten berechnen sich bei stadtbauplanmäßiger Ausführung der Straße mit 4,80 Mtr. Fahrbahnbreite und 2 Gehwegen von 1 Mtr. 20 Ztm. bzw. 1 Mtr. Breite auf 110000 Mk., bei Aus- führung mit 1 Trottoir auf 90775 Mk. und ohne Trot- toir auf 71550 Mk. Die Mehrzahl des Gemeinderats spricht sich für Ausführung der Straße mit nur 1 Geh- weg auf der nördlichen Seite aus und wird demzufolge beschloffen, die Ausführung der Straße, sogen. Hohlweg, mit 1 Gehweg und einem Aufwand von 90775 Mk. zur Ausführung zu genehmigen und das Stadtbauamt mit der Vergebung der Arbeiten im Einzelpreisverfahren zu beauftragen. Kraftwagenverbindung nach Enz- löstlerle-Altenteig. Die Württ. Kraftwagenver- kehrsgesellschaft m. b. H. in Stuttgart beabsichtigt eine Kraftwagenverbindung zwischen den Orten Wildbad, Enz- löstlerle, Enzthal, Simmersfeld und Altenteig einzurichten und bittet die beteiligten Gemeinden um Stellungnahme

zu dem geplanten Unternehmen. Es wird mit einer Be- teiligung der interessierten Gemeinden durch eine jährliche Subvention gerechnet. Auf der Strecke Wildbad-Enz- löstlerle-Enzthal besteht schon eine von dem Unternehmer J. Kirchlechner hier betriebene Kraftwagenverbindung, die dem Verkehr bis jetzt genügt. Die Verbindung Enztlöstlerle- Altenteig ist für Wildbad von geringer wirtschaftlicher Bedeutung. Da aber jede Verkehrserschließung der hie- sigen Badestadt nur Vorteile bringen kann, will sich der Gemeinderat dem Projekt nicht von vornherein ablehnend gegenüber stellen und beauftragt mit den weiteren Ver- handlungen in dieser Sache eine Kommission, bestehend aus Stadtvorstand und den Gemeinderäten Kieser und Bechtle. Gebäudebrandversicherung. Das Ge- bäudebrandversicherungsbuch wird den vorgeschriebenen jährl. Durchsicht unterzogen. Hierbei richtet der Vorsitzende die Mahnung an die Gebäudebesitzer, ihre Gebäude sofort zur höheren Einschätzung anzumelden. Durch die einge- führte sog. Kriegswertversicherung sei den Gebäude- besitzern ermöglicht, die Gebäudebrandversicherung bis zu 800 % des Anschlages zu erhöhen. Die jetzige Gebäude- brandversicherung sei so unzulänglich, daß jeder Brand- fall den Gebäudeeigentümer wirtschaftlich zu Grunde rich- ten könne. Ebenso verhalte es sich bei der Feuerversiche- rung des Haushaltsinventars. Auch diese Versicher- ungen sollten sofort allgemein erhöht werden. — Es wer- den noch verschiedene Verwaltungsgegenstände und kleinere Gegenstände erledigt.

— Der evang. Kirchenchor hält am Samstag, den 12. Febr. (nicht wie gestern angekündigt am Sonntag) seinen Familienabend ab. Neben gesanglichen Dar- bietungen weist das Programm, das sehr reichhaltig aus- gestaltet ist, mehrere Theateraufführungen auf, so daß für Besucher dieses Abends ein hoher Genuß vorausgesetzt werden kann.

\* Berichtigung. Unserem Berichterstatter über die Wohltätigkeitsveranstaltung ist ein Verum unterlaufen. Die Gesangspartien aus der Humperdinck'schen Oper „Hänsel und Gretel“ hatte neben Frau Wisler, nicht wie der Bericht sagt, Fr. Fehleisen, sondern Fr. Schuffelen inne.

## Bewerber-Aufruf.

Die Stelle des Bergbahnverwalters und Beamten der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung mit der Verpflich- tung zur Beforgung der Geschäfte des städt. Wohnungs- amtes und mit den Bezügen der Gruppe VI des Staats- beamtenbesoldungsgesetzes ist neu zu besetzen. Bewerber wollen sich binnen 1 Woche hier melden.

Wildbad, den 10. Februar 1921.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

## Hülsenfrüchte.

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Preise für Hülsen- früchte nochmals bedeutend zu ermäßigen. Es kosten Erb- sen und Bohnen Mk. 1,50, Linsen 2.— Mk. per Pfund. Die Abgabe erfolgt am Samstag vormittag 9—12 Uhr und Montag vormittag 9—12 Uhr.

Wir empfehlen ausgiebig hiedon Gebrauch zu machen, da Angebote hierauf von auswärts vorliegen.

Städt. Lebensmittelamt.

Morgen Samstag, abends 7 Uhr,

hält der

**Ev. Kirchenchor Wildbad**

im Saale der „Alten Linde“ seinen diesjähr.

**Familien-Abend**

verbunden mit gesanglichen Darbietungen und Theateraufführungen ab. Hiezu ist Jedermann freundlichst eingeladen.



Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Sprollenhäus.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie unsere Schulkameraden u. Schul- kameradinnen zu unserer am

Sonntag, den 13. Februar 1921

stattfindenden

## Nachhochzeit

in das Gasthaus zur „Arona“ in Sprollenhäus ganz ergebenst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Georg Weiß Pauline Bozenhardt,  
geb. Günthner,

Neuler.

Sprollenhäus.

## Hausbesitzerverein Wildbad.

Am Sonntag, den 13. ds. Mts., nachmitt. 2 Uhr findet im Saale des Gasth. zur „Alten Linde“ unsere

# 1. ordentliche General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Festsetzung der Satzungen u. der Mitgliedsbeiträge.
2. Beratung über einen Mietzinstarif.
3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das voll- zählige Erscheinen der Mitglieder. Neuanmeldungen wer- den auch im Versammlungs-Lokal entgegengenommen.

Den 10. Febr. 1921.

Der Vorstand.

Anläßlich unseres 25 jährigen

Geschäfts-Jubiläums

schließen wir

morgen Samstag unser  
Geschäft schon um  
halb 6 Uhr.

Wir bitten unsere wt. Kundenschaft,  
hievon gefl. Kenntnis zunehmen.

**Pfannkuch & Cie.**

G. m. b. H. Wildbad Tel. 111

Ca. 10 Ztr. gutes  
**Ackerheu**

sowie 5 Stück gute  
**Leghühner**

verkauft, wer? sagt die  
Tagblattgeschäftsstelle.

**Verloren**

auf der Landstraße zwischen  
Windhof u. Fußballplatz eine  
**gelbl. Hundepetische.**

Abzugeben geg. Belohnung  
Müller, „gold. Löwe“.

**Linden-  
Lichtspiele!**

Beginn Sonntag abend 6Uhr

**Grobes  
Sensationsprogramm**

Näheres folgt!

Von Samstag morgen 9 Uhr ab ist  
**gutes Kuhfleisch**

zu haben im Schlachthaus.

**Junges fettes Kuhfleisch**

per Pfd. 10 Mk. am Samstag früh zu haben bei den  
Meggern Pfau u. Walz.

**Gasthaus zur „Eisenbahn“.**

**Samstag abend  
und Sonntag**

**Schlachtpartie**

wozu freundlichst einladet

Fr. Frey.

Selbstkäufer sucht

**Villa evtl. Pension**

zu kaufen. Volle Auszahlung.

Eilangebote unter Nr. 34 erbeten an die Tagblatt-  
geschäftsstelle.

Frische

**Landeier**

eingetroffen, per Stück 1.80  
Mk., extragroße 2 Mk.

Robert Treiber.

**Reichsbund**

derKriegsbeschädigten,Kriegstell-  
nehmer u. Kriegerhinterbliebenen  
- Ortsgruppe Wildbad. -

Vom evang. Kirchenchor  
ist Einladg. zum Familien-  
abend an die Ortsgruppe er-  
gangen und bittet um zahl-  
reiche Beteiligung

der Vorstand.

**Fußball-Verein Wildbad**

verein. Fußball- und Sport-Verein.  
Vom ev. Kirchenchor ist  
Einladung zum Familien-  
abend an den Verein er-  
gangen und bittet um zahl-  
reiche Beteiligung

der Vorstand.

**+ Frauen +**

finden bei mir bei Ausbleiben der  
**monatlichen Regel**

hilfe und Rettung.

Bestellen Sie meine von lang-  
jährigen Fachleuten hergestellten  
erstklassigen auch in den hart-  
nächigsten Fällen

**sicher**

wirkenden Präparate.

Verzagen Sie nicht, denn durch  
meine Mittel werden auch Sie  
den er-  
zielent-  
schnten **Erfolg** wied. froh  
und glücklich werden. In 1-2  
Tagen völlige Schmerzlösung.  
Unschädlich. Ohne Berührung  
schriftl. Garantie beilieg. sonst  
Geld zurück. Teilen Sie mir  
mit, wie lange Sie zu klagen  
haben. Diskreter Versand.

Fr. A. Lemke, Hamburg,  
Grindelallee 149.

Erhalte täglich Dankschreiben, welche die  
Wirksamkeit meiner Mittel bestätigen. Best.  
M. aus A. schreibt: Ich danke Ihnen von  
ganzem Herzen, denn durch den Gebrauch  
Ihrer segenspendenden Mittel bin ich  
der von aller Art und Sorgen befrei-  
bedauerlicherweise sind die Frauen, welche  
Ihre Präparate nicht erprobt haben.